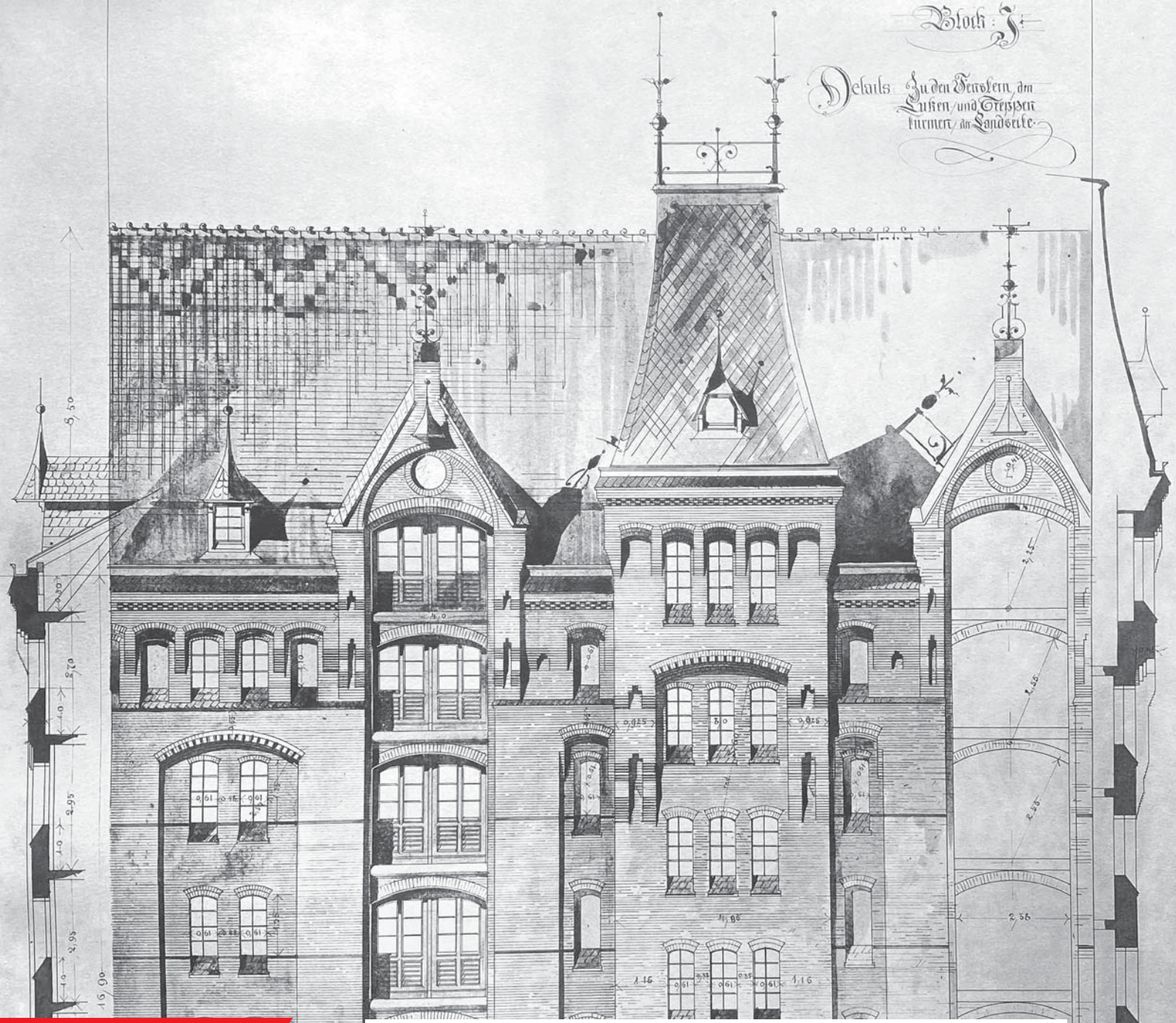


ARCHIVJOURNAL

Neuigkeiten aus dem Staatsarchiv Hamburg

Ausgabe 2/2020

Hamburg

INHALT

Prozesse im Blick 2
Patrick Langbecker

Wiederaufnahmeverfahren in Erbgesundheitssachen 3
Jenny Kotte

Krankenhaus Edmundsthal-Siemerswalde 4
Lara Filker

Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße 5
Christian Möller

Tag der Archive 2020 6-7
Diana Ascher, Thomas Fritz, Friederike Krause, Carola Kress, Irene Lieder

Datenaufnahme „Schutzhaftgefangene“ 8
Anke Hönnig, Falk Wangemann

Sterbefall-Generalregister 1984-1989 9
Christine Heitmann, Moritz Plate

Erweiterung des Online-Angebotes des Staatsarchivs 10
Anke Hönnig

Personal 11

Ankündigung 11

Impressum 11

TITELSEITE
Die Hamburger Speicherstadt wurde in den Jahren 1885 bis 1927 im Auftrag der Hamburger Freihafen-Lagerhaus Gesellschaft errichtet. Im Staatsarchiv Hamburg sind Ansichten, Grundrisse, Längsschnitte u.w.d.a. von den Lagerhausblöcken überliefert. Das Titelbild zeigt Details zu den Fenstern, Luken und Treppentürmen des Blocks J aus den Jahren 1885/1886. Im Zweiten Weltkrieg wurden mehrere Lagerhausblöcke, darunter Block J, zerstört und anschließend nicht wieder errichtet. In diesem Jahr startet die Digitalisierung der Unterlagen.

Projekt zur Etablierung des Prozess- und Wissensmanagements im Staatsarchiv

Hamburgweit, amts- und behördenübergreifend gewinnen der Aufbau eines organisationsspezifischen Wissensmanagements sowie die prozessorientierte Organisationsentwicklung an Bedeutung und Fahrt. Angesichts der steigenden Komplexität und Dynamik organisationsinterner und -externer Bedingungen, mit denen sich ebenso das Staatsarchiv Hamburg konfrontiert sieht, scheint das Prozess- und Wissensmanagement unabdingbar, um den damit verbundenen Anforderungen nachzukommen.

Seit März 2020 ist daher ein Projekt zur Etablierung des Prozess- und Wissensmanagements im Staatsarchiv angelaufen. Vom Onboarding neuer Beschäftigter bis zur Überlieferungsbildung und Bereitstellung von Archivalien – binnen zwei Jahren werden die Prozesse im Staatsarchiv unter der Federführung von Patrick Langbecker zunächst schrittweise dokumentiert und nach internationalen Standards modelliert, anschließend auf Verbesserungspotenziale analysiert und ggf. neu gestaltet. Im Zuge dessen werden die Prozesse des Staatsarchivs im Prozessnetzwerk der Freien und Hansestadt Hamburg eingebunden. Ziele des Projekts sind u. a. eine höhere Standardisierung und Transparenz von Verfahrensabläufen, ein stärkerer Informationsaustausch sowie die (Weiter-)Entwicklung von Qualitätssicherungsstrukturen. Außerdem wird hiermit der adäquate Einsatz unterstützender IT-Infrastruktur gefördert und die Basis für ein Wissensmanagementsystem gelegt. Aufbauend auf der Modellierung, Analyse und Optimierung bestehender Prozesse, anhand von Instrumenten des Prozessmanagements und mithilfe eines Wissensmanagementsystems wird im Zuge des Projekts zudem die Grundlage dafür geschaffen, den Prozessmanagement-Kreislauf in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu verstetigen, bzw. im Staatsarchiv zu institutionalisieren.

Die Herausforderung im Prozessmanagement liegt insbesondere darin, die verschiedenen Erwartungen diverser Anspruchsgruppen (z. B. Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte, Behörden) und den fortlaufenden technologischen Wandel in Organisationsabläufen in Einklang zu bringen. Dies erfordert klare Prozesse und eine offene Kommunikation und wird gefördert durch die Begeisterung an Veränderungsprozessen.

Neben seiner Funktion als Referent für Prozess- und Wissensmanagement assistiert Herr Langbecker im strategischen und operativen Controlling und unterstützt das Referat ST11 in seinen Aufgaben.

• Patrick Langbecker

Patrick Langbecker

Wiederaufnahmeverfahren in Erbgesundheitssachen im Bestand 213-6 Amtsgericht Hamburg - Rechtsprechung

Am 17. April 1953 erscheinen der Hafenarbeiter Friedrich G. (39 Jahre alt) und seine Ehefrau Anni in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hamburg, Abteilung 56. Friedrich G. gibt zu Protokoll, dass das Erbgesundheitsgericht Hamburg am 25. August 1937 seine Sterilisation wegen „erblichen Schwachsinns" angeordnet habe. Diese wurde im März 1938 im Krankenhaus St. Georg durchgeführt. Er beantragt die Aufhebung des Beschlusses gemäß Verordnung über die Wiederaufnahme von Verfahren in Erbgesundheitssachen vom 28. Juli 1947 sowie die Wiederherstellung seiner Zeugungsfähigkeit.
Friedrich G. bittet darum, „keinesfalls Herrn Prof. Bürger-Prinz zu beauftragen, der am ersten Verfahren beteiligt war."

Das Amtsgericht Hamburg holt zunächst eine Strafregisterauskunft zu Friedrich G. ein und ersucht am 24. Juni 1953 das Universitätskrankenhaus Eppendorf um Erstattung eines fachärztlichen Gutachtens darüber, „ob sich Umstände ergeben, die eine nochmalige Prüfung des Sachverhalts erfordern [...] und vom ärztlichen Standpunkt aus zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens Veranlassung geben, insbesondere ob [...] die Aufhebung des derzeitigen Sterilisierungsbeschlusses geboten erscheint."

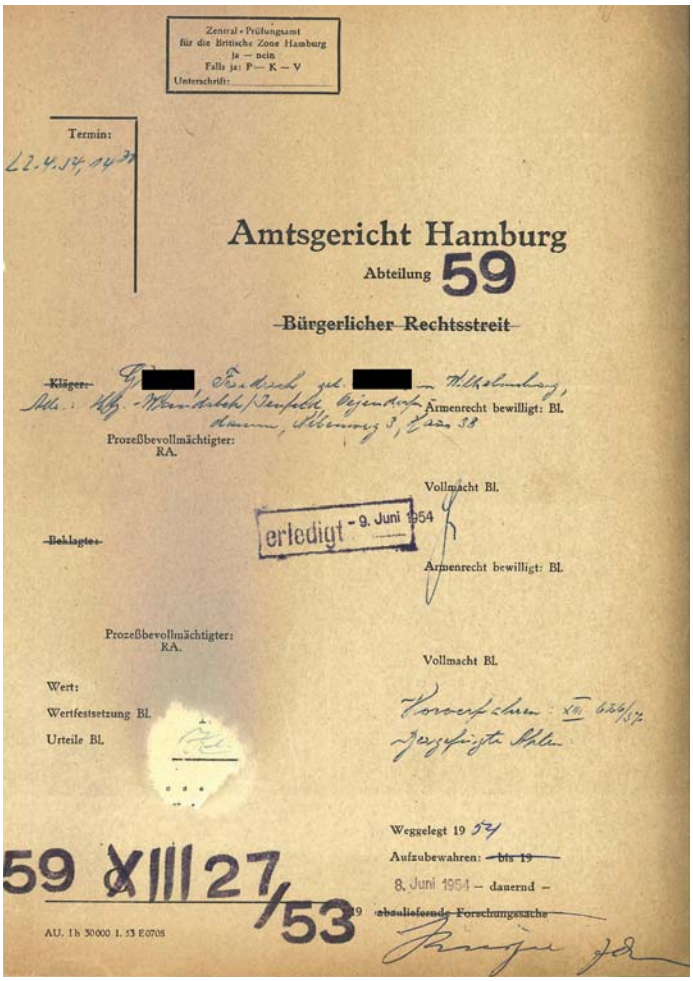
Das gewünschte fachärztliche psychiatrisch-neurologische Gutachten geht am 26. Februar 1954 beim Amtsgericht ein. Die Vorakten seien nicht mehr vorhanden. Das sechsseitige Gutachten stützt sich auf eine ambulante Untersuchung in der Klinik und auf „die objektiven Angaben der Ehefrau." Die Herren Prof. Dr. Jacob und Dr. Wochnik kommen darin zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für die derzeitige Sterilisation nicht mehr gegeben sind.
Daraufhin wird Friedrich G. am 22. April 1954 im Amtsgericht Hamburg, Abteilung 59 persönlich angehört. Das Amtsgericht hebt anschließend den Beschluss des Erbgesundheitsgerichts Hamburg vom 25. August 1937 auf. Friedrich G. kann seine Zeugungsfähigkeit wiederherstellen lassen.

Erst 1998 wurden die von Erbgesundheitsgerichten auf Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" erlassenen rechtskräftigen Beschlüsse zur Sterilisierung durch das „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte" aufgehoben.

Das oben vorgestellte und weitere 1.137 Wiederaufnahmeverfahren in Erbgesundheitssachen wurden im Jahre 2018 an das Staatsarchiv Hamburg abgeliefert. Die Akten wurden anschließend von einem externen Dienstleister erschlossen und verpackt. Bitte beachten Sie, dass eine Nutzung der Wiederaufnahmeverfahren, auch nach Ablauf der Schutzfristen, vorerst nur unter bestimmten Auflagen erfolgen kann.

Die Akten im Bestand 213-6 umfassen den Zeitraum 1931 bis 1991. Der Laufzeitbeginn vor 1947 erklärt sich daraus, dass noch vorhandene Akten des Erbgesundheitsgerichts bei Wiederaufnahme des Verfahrens fortgeführt wurden.
In der nächsten Ausgabe berichten wir über die ebenfalls im Jahre 2018 abgelieferten Akten des Erbgesundheitsgerichts Hamburg.

• Jenny Kotte



Das Wiederaufnahmeverfahren von Friedrich G. umfasst 16 Blatt

Erschließung des Bestandes 611-12 Stiftung Hamburgisches Krankenhaus Edmundsthal-Siemerswalde

Im Mai dieses Jahres wurde die Bearbeitung des Bestandes 611-12 Stiftung Hamburgisches Krankenhaus Edmundsthal-Siemerswalde abgeschlossen – insgesamt 325 Akten mit einem Umfang von sechs laufenden Metern sind somit auch online recherchierbar. Die Verzeichnung des Bestandes ermöglicht einen Einblick in die Entwicklungsgeschichte einer ehemaligen Heilstätte für Lungenkranke in Geesthacht und zeichnet gleichfalls ein aufschlussreiches Bild über den damaligen Forschungsstand der einstigen Volkskrankheit Tuberkulose.

Im Jahre 1898 gründete der Kaufmann und Reeder Edmund Julius Arnold Siemers, geleitet von dem Wunsch, im Dienste seiner Heimatstadt Hamburg seinen unvermögenden Mitbürgern zu helfen, eine Stiftung zur Errichtung eines Sanatoriums für unbemittelte Tuberkulosekranke und wendete hierzu ein Startkapital von 250.000 Mark auf. Als Standort wurde ein Waldstück im Geesthachter Edmundsthal erwählt, welches bis zum Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 noch dem hamburgischen Landgebiet angehörte und zu Ehren des Gründers auf den Namen „Siemerswalde“ getauft wurde. Die „Hamburgische Heilstätte Edmundsthal-Siemerswalde“ empfing am 6. Mai 1899 ihre ersten Patienten und existierte, neben einer weiteren Einrichtung in Ruppertshain im Taunus, in dieser Zeit als eine der ersten deutschen Volksheilstätten ihrer Art. Die Behandlung der Patienten erfolgte zunächst in dem 1899 erbauten „Theklahaus“, ergänzt wurde das Grundstück im Jahr 1902 durch das „Hanshaus“, 1906 durch das „Kurthaus“, in den Jahren 1911/12 folgte schließlich das „Susannenhaus“. Die Namensgebung entstammte dem Anliegen des Stifters, seine Ehefrau und Kinder würdigen zu wollen. Obwohl ursprünglich nur die Therapie männlicher Patienten vorgesehen war, nahm der Kurort mit Änderung der Satzung im Jahre 1901 nun auch Frauen und später sogar Kinder auf. Während des Ersten Weltkriegs wurde das „Theklahaus“

Edmundstal-Siemerswalde.

(Zur Silber-Jubelfeier der Heilstätte.)

Von Thomas Hübbe.

Das Susannenhaus.

Abbildung des „Susannenhauses“ in einem Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 16. Mai 1924

zur Behandlung lungenkranker Soldaten beschlagnahmt und erst 1919 wieder freigegeben. Im Jahre 1929 erfolgte die Umwandlung der Heilstätte in ein Krankenhaus – sie trug fortan den Namen „Hamburgisches Tuberkulosekrankenhaus Edmundsthal-Siemerswalde“. Am 9. Mai 1945 besetzte die britische Militärregierung die Räumlichkeiten des „Susannenhauses“ und richtete ein Militär-Lazarett für deutsche Kriegsgefangene ein. Zwischenzeitlich behandelte man im „Susannenhaus“ ausschließlich Tuberkulosepatientinnen und -patienten aus den umliegenden Auffanglagern für verschleppte Kriegsopfer und Heimatvertriebene. Nach Rückgabe der Räumlichkeiten durch die britische Besatzungsmacht 1948 wurde das „Susannenhaus“ durch das Land Schleswig-Holstein weitergeführt, bis die Abteilung 1950 wieder in das Eigentum des Tuberkulosekrankenhauses überging. Infolge des steten Rückganges der Tuberkulosefälle in den 1960er Jahren erfolgte eine Umorientierung auf die Behandlung jeglicher innerer Krankheiten – und somit auch eine Umbenennung in „Hamburgisches Krankenhaus Edmundsthal-Siemerswalde“. Der erfreuliche Rückgang der Krankheit verursachte jedoch auch eine erhebliche Bettenreduzierung. Nachdem sich das Krankenhaus im Jahr 1985 auch auf die Rehabilitation hirntraumatisch geschädigter Kinder spezialisiert hatte, erfolgte 2001 schließlich die Übernahme des „Susannenhauses“ durch die „Helios“-Kliniken, welche wiederum dem Konzern „Vamed“ 2018 die Abteilung übergaben. Die „Vamed Klinik Geesthacht“ wird heute als neurologisches Rehabilitationszentrum betrieben, im ehemaligen „Hans- und Kurthaus“ entstand eine Geriatrie.

Der abgeschlossene Bestand umfasst zahlreiche Krankenverzeichnisse, Sektionsprotokolle, Personalakten, Bauunterlagen und behördliche Korrespondenzen aus dem Zeitraum 1896 bis 1968. Das Archivgut dürfte insbesondere auch für genealogische Forschungszwecke interessant sein.

• Lara Filker

Erschließung des Bestandes 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße

Im Mai 2020 wurde im Staatsarchiv Hamburg die Erschließung der bisherigen Ablieferungen zum Bestand 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße abgeschlossen. Der Bestand umfasst nun insgesamt ca. fünf laufende Meter in 170 Archivguteinheiten. Zeitlich teilt sich der Bestand in einen kleineren, die 1940er und frühen 1950er Jahre, und einen größeren, die späten 1960er bis frühen 1990er Jahre abdeckenden Teil.
Die „Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße" (1970 „Sonderschule für Lernbehinderte", 1986 „Förderschule") wurde 1889 als „Erste Hülfsschule" in Altona gegründet. Zunächst mit einer Klasse unter dem Rektor Gustav Kruse, wuchs die Schule bald auf acht Klassen mit ca. 150 Schülerinnen und Schülern an. Als Hilfsschule wurde sie als Sammelbecken für Schülerinnen und Schüler verstanden, die als untauglich für die Regelschule angesehen wurden. Aus diesem Grund durchziehen Diskussionen über Aufnahme- und Prüfungsverfahren der Hilfsschulbedürftigkeit wie andere förderpädagogische Fragen die gesamte Überlieferung. 1925 zog die Schule in das Gebäude der Zweiten Knabenvolksschule in der Hafenstraße 30 (heute Carsten-Rehder-Straße). Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus wurde sie unter dem Vorzeichen der sog. Rassenhygiene in das sonderpädagogische System des NS-Regimes eingefügt. Lehrkräfte und Schulleitung spielten eine bedeutende Rolle bei der Einteilung der Schülerinnen und Schüler in „bildungsfähige" und „schwachsinnige" Kinder, was besonders aus den Schüler- oder „Personalbögen" hervorgeht. Von August 1943 bis August 1945 ruhte der Schulbetrieb aufgrund des Krieges, von dessen direkten Folgen das Gebäude relativ verschont blieb. Nach 1945 wurde die Hafenstraße in Carsten-Rehder-Straße umbenannt, woher der heutige Name der Schule rührt. In den 1960ern erhielt die Schule eine Vorschulklasse und bezog das Gebäude der ehemaligen Volksschule Lucienstraße. 1977 bis 1980 erfolgte ein Neubau der äußerst baufälligen Schule. 1986 wurde sie zur Förderschule umbenannt und bildet seit 2012 einen Teil des schulischen Zweigs des Regionalen Bildungs- und Beratungszentrums Altona.
Die die NS-Zeit umfassenden Unterlagen betreffen vor allem Rundschreiben und Dienstanweisungen der Schulverwaltung. Sie spiegeln somit die Schulpolitik auf der höheren Verwaltungsebene in Hamburg wider. Ebenso gewähren einige Unterlagen Einblicke in die Verbindung von Schule und anderen NS-Organisationen, z. B. das „Winterhilfswerk". Die Schulchronik und Schülerbögen hingegen vermitteln einen tieferen Blick in die schulische Lebenswelt aus der Perspektive der Schulleitung. Insbesondere die Chronik bietet eine subjektive Schilderung der Erfahrungen und des Umgangs mit der Kriegssituation sowie der Herausforderungen während der frühen Nachkriegszeit. Der zweite Schwerpunkt, die 1960er bis 1980er Jahre, umfasst diverseres und umfangreicheres Material, insbesondere Konferenzprotokolle und Schriftverkehr mit Eltern und Behörden. So formt sich ein gemischter Einblick in programmatische Ausrichtungsprozesse, Einbindung in die hamburgische (Förder-)Schullandschaft und alltägliches Schulleben. Zu Letzterem zählen Angelegenheiten einzelner Schülerinnen und Schüler, aber auch das allgemeine Schulmanagement von Ausflügen über Unterrichtsvorbereitung und -organisation bis hin zur Haustechnik. Die über drei Jahrzehnte reichende dichte Überlieferung gewährt zudem tiefe Einblicke in die gesellschaftlichen Veränderungen (besonders Migration und Integration) jener Zeit und in den (schul-)politischen Umgang mit diesen.

• Christian Möller

Die Hilfsschule Hafenstraße/Carsten-Rehder-Straße im alten Gebäude Hafenstraße Nr. 30, 1969

Der Tag der Archive 2020

Die Magazinführungen waren für viele Besucherinnen und Besucher von besonderem Interesse, da hier sonst nur Archivbeschäftigte Zutritt haben.

Am 7. März 2020 fand der 10. bundesweite Tag der Archive unter dem Motto „Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet“ im Staatsarchiv Hamburg statt. Der Tag der offenen Tür bot die Möglichkeit, die abwechslungsreiche archivische Arbeit kennenzulernen. Im Rahmen von allgemeinen und thematischen Führungen gab es Einblicke in das Magazin, das sonst nicht öffentlich zugänglich ist. Dabei wurden ausgewählte Originale der hamburgischen Geschichte präsentiert.
Im Lorichssaal stellten insgesamt 14 hamburgische Archive und Partner ihre Arbeit vor und zeigten vielfältige Quellen zum Thema Kommunikation. Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich direkt vor Ort zum Thema Familienforschung beraten zu lassen und konnten dazu im Lesesaal an Einführungen in die Benutzung und Genealogie teilnehmen.
In den Werkstätten konnte man sich von Station zu Station durcharbeiten und zu verschiedenen Themenfeldern der Konservierung, Verpackung, Papierrestaurierung oder Fotografie informieren. Daneben gab es die Möglichkeit, mehr über das Transparenzportal und das Thema Ausbildung zu erfahren.
In einem Kino wurden themenspezifische Kurzfilme gezeigt. Das Thema Kommunikation und die Vielfalt an Angeboten hat an diesem Tag, der durch zahlreiche Presseberichte begleitet wurde, mit insgesamt 572 Teilnehmenden ein sehr breites Publikum vom langjährigen Nutzer bis zur spontanen Erstbesucherin angesprochen.

- Diana Ascher
- Thomas Fritz
- Friederike Krause
- Carola Kress
- Irene Lieder

In der Themenführung „Böse“ Kommunikation: Von Schandgemälden, Denunziationsschreiben und Gutachten, die über Leben und Tod entscheiden wurden Schriftquellen des 16. bis 20. Jahrhunderts gezeigt.

Im Lesesaal wurden Einführungen zur Benutzung und Familienforschung angeboten.

Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, die 12 Meter lange Hamburger Elbkarte von Melchior Lorichs von 1568 oder ein Faksimile des Barbarossafreibriefs vom 7. Mai 1189 zu sehen.

Zahlreiche hamburgische Archive und Partner des Staatsarchivs stellten im Lorichssaal und im Foyer ihre Arbeit vor und zeigten ausgewählte Archivalien. Viele Besucherinnen und Besucher nutzen die Möglichkeiten, ins Gespräch zu kommen oder zur eigenen Familiengeschichte zu recherchieren.

Die Fachliche Leitstelle Transparenzportal war bei der Recherche von Informationen aus der Hamburger Verwaltung behilflich.

Die Restaurierungswerkstätten stellten verschiedene Themenbereiche wie den Ablauf der Mikroverfilmung oder die Notfallvorsorge vor.

Datenaufnahme „Schutzhaftgefangene“ in Hamburg

Die Datenbank zu den „Schutzhaftgefangenen“ wurde ca. 1991 bis 1995 im Rahmen eines Projekts im Staatsarchiv Hamburg erstellt. Seitdem wurde sie nicht mehr verändert oder korrigiert. Das im Online-Findmittel hinterlegte PDF wurde aus einer F&A-Datenbank bzw. einer Excel-Liste migriert, deren Felder dann – für eine bessere Lesbarkeit – angepasst wurden (Link: https://recherche.staatsarchiv.hamburg.de/ScopeQuery5.2/QueryFiles/0/D3818.pdf). Ausgewertet wurden 9 Archivalien mit Listen zu „Schutzhaftgefangenen“ in Hamburg aus der NS-Zeit. Dabei wurde für jeden Listeneintrag ein Datensatz erstellt. In dem eingestellten PDF wurde der Namen von einer Person, deren Geburtsdatum jünger als 1930 war, aufgrund § 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HmbArchG anonymisiert. Dieser Eintrag steht am Ende der Liste.

Konkret wurden folgende Quellen ausgewertet:

- 241-1 I Justizverwaltung I, Nr. 2911: Schutzhaftkosten für politische Gefangene (1933-1937)
- 213-8 (General-)Staatsanwaltschaft Oberlandesgericht – Verwaltung, Nrn. 973 bis 977: Monatliche Verzeichnisse über entstandene Schutzhaftkosten (Juli 1936 bis Juli 1940).

In diesen „Verzeichnissen über entstandene Schutzhaftkosten“ wurden die Namen der „Schutzhaftgefangenen“ und Angaben zu „geleisteten Verpflegungstagen“ (mit Datum und Dauer der Inhaftierung) von den Gefangenenanstalten (bzw. Konzentrationslagern) an die Generalstaatsanwaltschaft beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg gemeldet. Grund war das „Verfahren zur Einziehung von Schutzhaftkosten der Vollzugsanstalten“, das u. a. in einer Verfügung vom Sommer 1935 (Az. 3 OAR 93/35) geregelt wurde. Der Zuständigkeitsbereich des Hanseatischen Oberlandesgerichts umfasste dabei neben Hamburg auch Teile Schleswig-Holsteins/Lübeck, Niedersachsens sowie Bremen. Die zuständigen Behörden (z. B. die Polizeibehörde Hamburg, die Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle Bremen) hatten die für die Inhaftierung entstandenen Kosten an die Generalstaatsanwaltschaft beim Hanseatischen Oberlandesgericht zu zahlen.

In Hamburg wurden von der Abteilung für Strafvollstreckung der Hamburgischen Gefangenenanstalten, dem Zentrallazarett der Hamburgischen Gefangenenanstalten, dem Konzentrationslager (ab März 1937 Polizeigefängnis) Fuhlsbüttel, dem Untersuchungsgefängnis Hamburg-Stadt/Frauenabteilung und dem Gerichtsgefängnis in Bergedorf Listen eingereicht. Auch waren im Konzentrationslager (ab März 1937 Polizeigefängnis) Fuhlsbüttel „Schutzhaftgefangene“ der (Gestapo-)Stellen Eutin, Altona, Kiel, Lübeck, Lüneburg/Hamburg-Harburg, Schwerin und Berlin inhaftiert. Stichproben ergaben, dass diese in Hamburg Inhaftierten mit in der Datenbank aufgenommen wurden und somit auch im PDF recherchierbar sind.

Ab August 1937 sind die Listen jeweils nach einweisender Stelle (Staatliche Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei) aufgeschlüsselt. Ab September 1939 wurden Angaben zu Verpflegungstagen Inhaftierter, die „wegen des Krieges interniert wurden“, aus dem Kriegshaushalt bezahlt und auf gesonderten Listen aufgenommen:

- 331-1 II Polizeibehörde II, Nrn. 7252 bis 7254: Tägliche Zu- und Abgänge der Schutzhaftgefangenen im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, Bände 1 bis 3 (1941 bis 08.05.1943).

Diese tagesgenau aufgestellten Listen der Zu- und Abgänge im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel sind nach den zuständigen (einweisenden) Stellen (Geheime Staatspolizei Hamburg oder Staatliche Kriminalpolizei Hamburg) unterteilt. Es ist jeweils, neben Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des Inhaftierten auch die Abteilung der einweisenden Stelle (z. B. „Gestapo II E“ oder „19.K.“) bzw. das Ziel des Abgangs (z. B. „Stadthaus“ oder „K.L. Neuengamme“) angegeben.

- Anke Hönnig
- Falk Wangemann

Bleichenfleet, im Hintergrund der sogenannte Seufzergang, 1930-1940. Der Gang wurde genutzt, um – von der Öffentlichkeit abgeschirmt – Verhaftete von den Arrestzellen zu den Vernehmungszimmern zu bringen.

Bestand 332-5 Standesämter: Übernahme der Sterbefall - Generalregister 1984-1989 in das Staatsarchiv

Was lange währt, wird endlich gut: Beginnend mit dem 2015 ins Staatsarchiv Hamburg gelangten Jahrgang 1984 der Sterbebücher musste auf die Namensverzeichnisse des Generalregisters der hamburgischen Standesämter verzichtet werden. An ihrer Stelle konnten lediglich die Namensverzeichnisse der einzelnen Standesämter übernommen werden, die aber nur die bei dem jeweiligen Standesamt beurkundeten Sterbefälle umfassen. Als Folge war die Suche nach einem Eintrag in den Sterbebüchern ab 1984 deutlich weniger komfortabel, als die Recherche in den vorausgehenden Jahrgängen: Gegebenenfalls musste in bis zu acht Namensverzeichnissen gesucht werden, da das einen Gesamtüberblick über alle Hamburger Standesämter bietende Generalregister fehlte.

Der Hintergrund des Problems war technischer Natur: Bereits seit 1978 war die Führung der Namensverzeichnisse beim Generalregister auf die elektronische Form umgestellt worden. Konnten die Namensverzeichnisse bis zum Jahrgang 1983 noch ausgedruckt werden, kam von der Standesamtlichen Registerstelle und Generalregister 2015 die Mitteilung, dass der Ausdruck der Namensverzeichnisse für den Jahrgang 1984 aufgrund von zwischenzeitlich erfolgten Softwareumstellungen auf Probleme stoße.

Für dieses Problem konnte zunächst keine Lösung gefunden werden. Außerdem war klar, dass anstelle von Ausdrucken künftig die Daten direkt in digitaler Form in das Staatsarchiv übernommen werden sollten. Anfang 2020 konnte schließlich mit der Standesamtlichen Registerstelle und Generalregister unter Mitwirkung der für IT-Angelegenheiten der Bezirke zuständigen Stelle beim Bezirksamt Hamburg-Nord (N/ITB) und Dataport als dem zuständigen IT-Dienstleister eine Übernahmevereinbarung für die Sterbefall-Namensverzeichnisse des Generalregisters ab 1984 geschlossen werden. Hierin sind die Rahmenbedingungen der Übergabe an das Staatsarchiv, z. B. Umfang der Daten, Dateiformat oder mitzuliefernde Dokumentation, festgelegt. Die eigentliche Übernahme verlief daraufhin recht schnell und eher unspektakulär, indem sechs csv-Dateien am 4. März 2020 samt der zugehörigen Dokumentation übermittelt wurden.

Nach Eingang der Daten wurde die Vollständigkeit der Ablieferung geprüft, indem für jede Datei innerhalb der Ablieferung ein Hashwert gebildet und dieser gegen einen separat übermittelten Wert der abgebenden Stelle geprüft wurde. Anschließend wurden die Dateien auf Viren geprüft und sowohl technisch, als auch inhaltlich, kontrolliert, ob die Daten die Form hatten, die in der Übernahmevereinbarung festgelegt wurde. Nachdem diese Schritte durchlaufen waren, konnte die Ablieferung in der Archivsoftware scopeArchiv verzeichnet werden. Durch diese Verzeichnung wurde ein eindeutiger Identifier generiert. Die Metadaten der Verzeichnung wurden aus scopeArchiv exportiert und zusammen mit den Daten des Generalregisters und der Dokumentation zur Verarbeitung in das Digitale Magazin des Staatsarchivs importiert. Der in scopeArchiv generierte Identifier dient zukünftig der Zuordnung der Daten zu den in scopeArchiv vorgehaltenen Metadaten.

Nach Prüfung des Ingests wurde der erfolgreiche Abschluss an die abgebende Stelle zurückgemeldet.

Da die Sterbefall-Generalregister im Staatsarchiv vorrangig dem Auffinden von Sterbefalleinträgen in den Sterbebüchern der Hamburger Standesämter dienen, wurden die Daten zusätzlich in überarbeiteter Form als pdf-Dateien auf der Website des Staatsarchivs zur Verfügung gestellt. So ist eine Recherche nun auch von zu Hause aus möglich. Bei der Überarbeitung wurde Wert darauf gelegt, die Dateien möglichst nutzerfreundlich zu gestalten. So wurde zu jedem Namen neben der Angabe des Standesamtes und der Registernummer des Sterbefalleintrages auch die Bestellsignatur des betreffenden Sterbebuches hinzugefügt.

- Christine Heitmann
- Moritz Plate

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
1	Mandant_id	stamtnr	enr	ej	sdat	beurkundungs	gebdat	famname	gebname	vnamen	
2	2000001	1	1	1984	19831226	19831226	NULL	BINDER		SIEGFRIED	
3	2000001	1	10	1984	19831229	19831229	NULL	BOLLMANN		HEINZ-DIETER	
4	2000001	1	100	1984	19840112	19840112	NULL	CHRISTOFF	WERNER	INGEBORG MINNA GERTRUD	

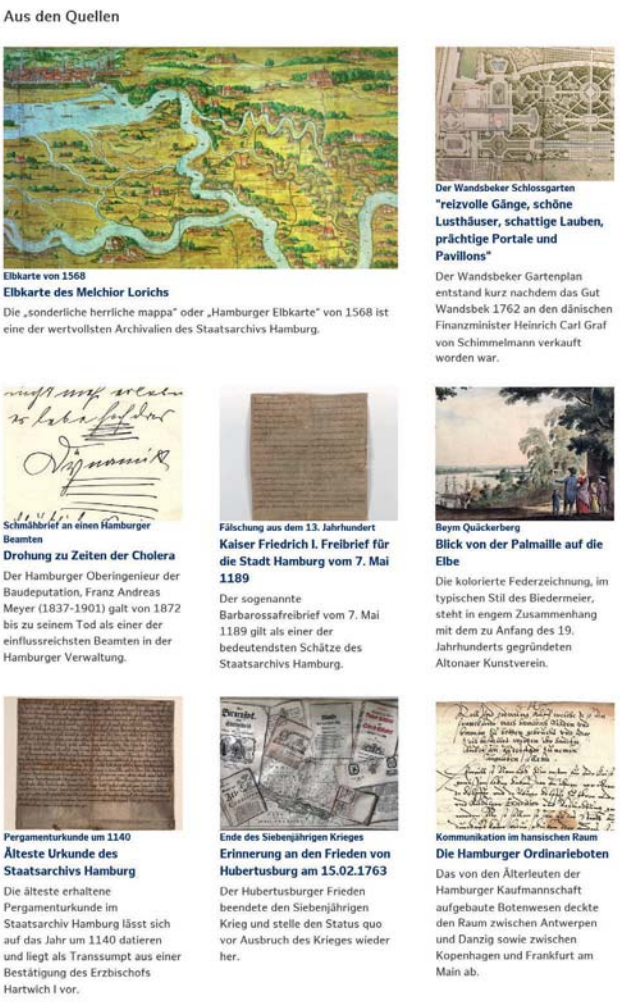
Ausschnitt aus einer der vom Generalregister abgelieferten csv-Dateien. In dieser Form wurden die Dateien auch im Digitalen Magazin abgelegt.

Nachname	Geburtsname	Vornamen	Standesamt	Registernummer	Sterbedatum	Geburtsdatum	Bestellsignatur
AARTSEN		WOUTER	Hamburg-Nord	585/1984	12.02.1984		Bestand 332-5 Nr. 14351
ABACI		MÜSLIM	Hamburg-Altona	434/1984	09.02.1984		Bestand 332-5 Nr. 14380
ABAN	CASPARI	HELENE MARIE LUISE	Hamburg-Eimsbüttel	436/1987	18.03.1987		Bestand 332-5 Nr. 14884

Ausschnitt aus der für die Website des Staatsarchivs erstellten pdf-Datei mit den Namenverzeichnissen für die Sterbefälle 1984-1989.

Erweiterung des Online-Angebotes des Staatsarchivs

Ab dem 14. März 2020 mussten alle staatlichen Hamburger Kultureinrichtungen aufgrund der Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie den Betrieb einstellen. Neben den staatlichen Theatern und Konzerthäusern, schlossen auch die Häuser der Hamburger Museumsstiftungen, die Deichtorhallen, das Planetarium, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen. Auch das Staatsarchiv Hamburg konnte am Freitag, den 13. März 2020, für die nächsten 7 ½ Wochen das letzte Mal den Lesesaal für Nutzende öffnen. Erst am 6. Mai 2020 wurde der Betrieb im Lesesaal unter eingeschränkten Bedingungen wieder aufgenommen. Einen Tag später öffneten auch die Museen wieder für die Öffentlichkeit.



Die Rubrik „Aus den Quellen" finden Sie unter www.hamburg.de/bkm/oeffentlichkeitsarbeit/

Selbstverständlich ging die Arbeit im Staatsarchiv auch in der Zeit der Lesesaalschließung weiter. Entsprechend der allgemeinen Empfehlungen arbeiteten viele Kolleginnen und Kollegen gemäß der der Devise „Bleiben Sie zuhause" im Homeoffice. Neben den regulären Aufgaben, wie der Beantwortung von Anfragen und der Bewertung von angebotenen Unterlagen, konnte z. B. die Übertragung von Erschließungsinformationen in das Archivinformationssystem des Staatsarchivs vorangetrieben werden. So wurden im „Shutdown" über 26.000 neue Verzeichnungseinheiten im Archivinformationssystem angelegt.

Schnell wurde klar, dass wir Möglichkeiten zur Online-Bereitstellung bereits digital vorliegenden Archivguts schaffen wollten, um den Nutzenden zumindest in geringem Umfang eine Weiterarbeit während der Lesesaalschließung zu ermöglichen. Eine kurzfristige Lösung für die Probleme beim Upload von Digitalisaten in die Archivsoftware war weiterhin nicht möglich. Nun hieß es: Ganz neue Wege beschreiten. Mit der Unterstützung der Kollegen und mithilfe der Infrastruktur des Transparenzportals konnten dann kurzfristig erstmals auch historische Dokumente der Freien und Hansestadt Hamburg im Transparenzportal bereitgestellt werden. So wurde das Transparenzportal zu einem „digitalen Lesesaal". Nutzerinnen und Nutzer können nun Archivalien aus den bereits digitalisierten Beständen 213-12 Staatsanwaltschaft Landgericht - Nationalsozialistische Gewaltverbrechen (NSG) und 314-15 Oberfinanzpräsident (Devisenstelle und Vermögensverwertungsstelle) im Online-Findmittel des Staatsarchivs ermitteln und, soweit die Archivalien keinen Schutzfristen mehr unterliegen, per E-Mail zum Upload in das Transparenzportal bestellen. Auf diesem Weg konnten bereits über 230 Archivalien bereitgestellt werden. Die Downloaddateien bleiben im Transparenzportal online verfügbar und im Online-Findmittel wird ein Hinweis auf das Transparenzportal angebracht.

Archivgut @ Transparenzportal HAMBURG

Aus den Beständen 213-12 und 314-15 können über 20.000 Archivalien kostenfrei zum Upload in das Transparenzportal bestellt werden

Auch auf der Internetseite des Staatsarchivs tat sich etwas: die neue Rubrik „Aus den Quellen" stellt einzelne Archivalien vor und vermittelt einer interessierten Öffentlichkeit einen Eindruck von der Vielfalt der von uns bewahrten kulturellen Überlieferung. Neben einem Erläuterungstext können hier die dargestellten Quellen jeweils auch in guter Qualität heruntergeladen werden. Neben der Lorichsschen Elbkarte von 1568 findet sich hier auch der sogenannte Barbarossafreibrief, eine Zeichnung des Wandsbeker Schlossgartens und ein Schmähbrief an einen Hamburger Beamten nach der Cholera von 1892.

• Anke Hönnig

Personal

Christine Axer
Zum 1. November 2019 hat Frau Dr. Christine Axer die Leitung der Abteilung ST1 Zentrale Archivische Aufgaben und damit die stellvertretende Leitung des Staatsarchivs übernommen. Zuvor hatte sie die Leitung des Referats ST12 Grundsatzangelegenheiten des Archivwesens und des Kulturgutschutzes inne.

Paul Flamme
Nach über 30 Jahren beim Staatsarchiv ging Herr Paul Flamme zum 31. Oktober 2019 in den Ruhestand. Herr Flamme hatte die Leitung des Referats ST14 Erhaltung digitalen Archivguts, Archivische Fachinformationssysteme, Transparenzportal Hamburg inne. Das Staatsarchiv wünscht Herrn Flamme für den Ruhestand alles Gute!

Michael Stoffregen
Nach über 40 Jahren beim Staatsarchiv Hamburg ging Herr Michael Stoffregen zum 31. Oktober 2019 in den Ruhestand. Herr Stoffregen nahm als Leiter der Abteilung ST1 Zentrale Archivische Aufgaben auch die stellvertretende Leitung des Staatsarchivs wahr. Die Kolleginnen und Kollegen wünschen Herrn Stoffregen für den Ruhestand alles Gute!

Nils Volkening
Die Leitung des Referats ST14 Erhaltung digitalen Archivguts, Archivische Fachinformationssysteme, Transparenzportal Hamburg hat zum 1. November 2019 Herr Nils Volkening übernommen. Herr Volkening hat das Studium der Informatik an der Universität Lübeck absolviert und war bisher als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei OFFIS e.V. – Institut für Informatik – in Oldenburg und an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg tätig.

Über 95.000 Datensätze des Bildarchivs der Landesbildstelle online

Die Konversion der bisher in verschiedenen Verzeichnissen und Tabellen geführten Erschließungsdaten zu den Fotos der ehemaligen Landesbildstelle bzw. des Landesmedienzentrums, die seit 2004 als Abteilung des Denkmalschutzamtes fortgeführt wurde, schreitet voran. Die Fotos dokumentieren das Leben in der Stadt und die Entwicklung des Stadtbildes Hamburgs. Nachdem im Jahr 2015 das Bildarchiv vom Denkmalschutzamt an das Staatsarchiv abgegeben wurde, konnten inzwischen über 95.000 Datensätze in das Online-Findmittel des Staatsarchivs importiert werden. Die Metadaten zu Fotografien von mehr als 200 Fotografinnen und Fotografen und anderen staatlichen Stellen, darunter rund 1.900 Fotos von Hamburg aus den Jahren vor 1900, können nun erstmals online recherchiert werden.

Die Erschließungsinformationen zum Bestand 720-1/343-1 Landesbildstelle / Denkmalschutzamt Bildarchiv sind abrufbar unter
https://recherche.staatsarchiv.hamburg.de/ScopeQuery5.2/detail.aspx?id=2164336
Weitere Metadaten sind in der Vorbereitung und werden im Laufe dieses Jahres ebenfalls importiert werden.

Impressum

Herausgeber
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Kultur und Medien
Staatsarchiv
Kattunbleiche 19
22041 Hamburg

newsletter@staatsarchiv.hamburg.de

www.hamburg.de/bkm/oeffentlichkeitsarbeit/3255730/archivjournal-top/

Redaktion
Mareike Eckardt-Nowitzki, Yvonne Gerlach, Jenny Kotte, Udo Schäfer, Nina Schwenke

Satz und Gestaltung
Nina Schwenke

Bildnachweis

Titel	STAHH, 720-1/1 Topographische Sammlung, Nr. 131-07 = 042/03882
2	Fotograf: Corinna Jockel (Fotomontage)
3	STAHH, 213-6 Amtsgericht Hamburg - Rechtsprechung, Nr. 866
4	STAHH, 731-8 Zeitungsausschnittsammlung, Nr. A 834
5	STAHH, 720-1/343-1 Landesbildstelle / Denkmalschutzamt Bildarchiv, Nr. 34296
6-7	Fotograf: Corinna Jockel
8	STAHH, 720-1/343-1 Landesbildstelle / Denkmalschutzamt Bildarchiv, Nr. DA002743
9	STAHH, 332-5 Standesämter, Nr. 49567 (oben)

Das Heft erscheint halbjährlich im Selbstverlag.
ISSN (Online) 2700-4414

Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg
Kattunbleiche 19
22041 Hamburg
Tel.: 040 428 31-3200
www.hamburg.de/staatsarchiv
ISSN (Online) 2700-4414

Hamburg
Behörde für
Kultur und Medien
Staatsarchiv